

Anlage 3. Tabelle zu den Änderungen der VOBK 2020 mit Erläuterungen

In der folgenden Tabelle sind die VOBK-Vorschriften in der bis zum 31. Dezember 2023 gültigen Fassung in der linken Spalte abgebildet.

Diese Tabelle ist in Abschnitt VI. von Dokument CA/83/23 enthalten. Die revidierte Fassung der VOBK-Vorschriften – wie vom Präsidenten der Beschwerdekammern vorgeschlagen und anschließend vom Beschwerdekammerausschuss erlassen und vom Verwaltungsrat genehmigt – ist in der mittleren Spalte dargestellt, wobei die Änderungen am Text wie folgt sichtbar gemacht werden: Änderungen der Bestimmungen sind fett gedruckt, Streichungen sind durch Durchstreichung gekennzeichnet.

In der rechten Spalte befinden sich die Erläuterungen.

VOBK – derzeitige Fassung	VOBK – vorgeschlagene Fassung	Erläuterungen
(...)	(...)	
Artikel 13 Änderung des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten	Artikel 13 Änderung des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten	
(...)	(...)	
(2) Änderungen des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten nach Ablauf einer von der Kammer in einer Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ bestimmten Frist oder, wenn eine solche Mitteilung nicht ergeht, nach Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung bleiben grundsätzlich unberücksichtigt, es sei denn, der betreffende Beteiligte hat stichhaltige Gründe dafür aufgezeigt, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.	(2) Änderungen des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten nach Ablauf einer von der Kammer in einer Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ bestimmten Frist oder, wenn eine solche Mitteilung nicht ergeht, nach Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung einer Mitteilung nach Artikel 15 Absatz 1 bleiben grundsätzlich unberücksichtigt, es sei denn, der betreffende Beteiligte hat stichhaltige Gründe dafür aufgezeigt, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.	Derzeit kann die dritte Stufe des im Beschwerdeverfahren anzuwendenden Konvergenzansatzes ausgelöst werden, bevor eine Kammer eine substantielle Mitteilung nach Regel 100 (2) EPÜ oder Artikel 15 (1) erlässt. Der Grund dafür ist, dass die dritte Stufe durch die Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung ausgelöst werden kann, die ohne eine Mitteilung nach Artikel 15 (1) versendet werden kann. Dies wurde zuweilen als nicht ideal angesehen, insbesondere dann, wenn die Mitteilung nach Artikel 15 (1) wesentlich später zugestellt wurde als die Ladung zur mündlichen Verhandlung. Daher wird vorgeschlagen, die Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung durch die Zustellung einer Mitteilung nach Artikel 15 (1) als Auslöser für die dritte Stufe des Konvergenzansatzes zu ersetzen. Der Ablauf einer von der Kammer in einer Mitteilung nach Regel 100 (2) EPÜ bestimmten Frist bliebe als Auslöser für die dritte Stufe des Konvergenzansatzes erhalten. Nach der vorgeschlagenen neuen Bestimmung könnten die Nutzer des Patentsystems bis zu einem späteren Verfahrensstadium von dem weniger strengen Ansatz nach Artikel 13 (1) profitieren. Dies läuft auf eine Verlängerung der zweiten Stufe des im Beschwerdeverfahren anzuwendenden Konvergenzansatzes hinaus.

		<p>Der vorgeschlagene neue Artikel 13 (2) gilt ab dem Tag des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen. In anhängigen Beschwerdeverfahren, bei denen die dritte Stufe des Konvergenzansatzes gemäß Artikel 13 (2) in der derzeit geltenden Fassung allein aufgrund der Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung anzuwenden ist, aber weder die in einer Mitteilung nach Regel 100 (2) EPÜ bestimmte Frist abgelaufen ist noch den Beteiligten eine Mitteilung nach Artikel 15 (1) zugestellt wurde, finden die Voraussetzungen für die zweite Stufe des Konvergenzansatzes mit Inkrafttreten der vorgeschlagenen neuen Bestimmungen von Rechts wegen Anwendung, bis die dritte Stufe durch den vorgeschlagenen neuen Artikel 13 (2) ausgelöst wird. In solchen Fällen werden Änderungen des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten</p> <p>(1) nach Einreichung seiner</p> <p>a) Beschwerdebegründung oder</p> <p>b) Erwiderung</p> <p>(2) und vor</p> <p>a) Ablauf einer von der Kammer in einer Mitteilung nach Regel 100 (2) EPÜ bestimmten Frist oder</p> <p>b) Zustellung einer Mitteilung nach Artikel 15 (1)</p> <p>gemäß der Artikel 13 (1) unterliegenden zweiten Stufe des Konvergenzansatzes behandelt, unabhängig davon, ob die Änderung vor oder nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen vorgenommen wird.</p>
(...)	(...)	
<p>Artikel 15</p> <p>Mündliche Verhandlung und Erlass der Entscheidung</p> <p>(1) Unbeschadet der Regel 115 Absatz 1 EPÜ bemüht sich die Kammer, wenn eine mündliche Verhandlung vorgesehen ist, um eine Ladungsfrist von mindestens vier Monaten. In Verfahren mit mehr als einem Beteiligten bemüht sich die Kammer, nicht früher als zwei Monate nach Erhalt der in Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c genannten schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen die Ladung zu versenden. Für die mündliche Verhandlung wird ein einziger Termin festgelegt. Um in der mündlichen Verhandlung die Konzentration auf das Wesentliche zu erleichtern, erlässt die Kammer eine Mitteilung, in der sie auf Punkte hinweist, die für die zu</p>	<p>Artikel 15</p> <p>Mündliche Verhandlung und Erlass der Entscheidung</p> <p>(1) Unbeschadet der Regel 115 Absatz 1 EPÜ bemüht sich die Kammer, wenn eine mündliche Verhandlung vorgesehen ist, um eine Ladungsfrist von mindestens vier Monaten. In Verfahren mit mehr als einem Beteiligten bemüht sich die Kammer, nicht früher als zwei Monate nach Erhalt der in Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c genannten schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen die Ladung zu versenden. Für die mündliche Verhandlung wird ein einziger Termin festgelegt. Um in der mündlichen Verhandlung die Konzentration auf das Wesentliche zu erleichtern, erlässt die Kammer eine</p>	<p>Nach dem vorgeschlagenen neuen Artikel 13 (2) bedeutet die Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung nicht, dass auf Vorbringen der Beteiligten ein strengerer Ansatz angewandt wird. Bei Anberaumung der mündlichen Verhandlung berücksichtigt die Kammer die Umstände des Falls einschließlich seiner Komplexität und der voraussichtlichen Verfahrensdauer. Nach dem vorgeschlagenen neuen Artikel 13 (2) ist die frühzeitige Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung für Beteiligte und Vertreter hinsichtlich der zu treffenden Vorkehrungen nur von Vorteil. Dies erhöht die Chancen, dass die Teilnehmenden zum angesetzten Termin zur</p>

<p>treffende Entscheidung voraussichtlich von besonderer Bedeutung sein werden. Die Kammer kann auch eine vorläufige Einschätzung mitteilen. Die Kammer bemüht sich, die Mitteilung mindestens vier Monate vor dem Termin der mündlichen Verhandlung zu erlassen.</p>	<p>Mitteilung, in der sie auf Punkte hinweist, die für die zu treffende Entscheidung voraussichtlich von besonderer Bedeutung sein werden. Die Kammer kann auch eine vorläufige Einschätzung mitteilen. Die Kammer bemüht sich, die Mitteilung mindestens vier Monate vor dem Termin der mündlichen Verhandlung zu erlassen. In Verfahren mit mehr als einem Beteiligten erlässt die Kammer die Mitteilung nicht früher als einen Monat nach Erhalt der in Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c genannten schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen.</p>	<p>Verfügung stehen, insbesondere in Fällen mit vielen Beteiligten.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wird die Streichung des zweiten Satzes von Artikel 15 (1) vorgeschlagen: "In Verfahren mit mehr als einem Beteiligten bemüht sich die Kammer, nicht früher als zwei Monate nach Erhalt der in Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c genannten schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen die Ladung zu versenden." Dieser Satz bietet den Beteiligten derzeit eine verbesserte Möglichkeit, in der zweiten Stufe des Konvergenzansatzes zu der Erwiderung oder den Erwiderungen auf die Begründung Stellung zu nehmen.</p> <p>Damit diese Möglichkeit auch nach dem vorgeschlagenen neuen Artikel 13 (2) erhalten bleibt, wird vorgeschlagen, am Ende von Artikel 15 (1) einen Satz anzufügen.</p> <p>Die vorgeschlagene neue Bestimmung stärkt die Position der Verfahrensbeteiligten. Gemäß der derzeitigen Bestimmung "bemüht sich die Kammer", d. h. sie kann ausgehend von den Umständen des Falls einen kürzeren Zeitrahmen ansetzen (z. B. im Falle eines beschleunigten Verfahrens). Der vorgeschlagene neue Artikel 15 (1) garantiert ("erlässt die Kammer"), dass die dritte Stufe des Konvergenzansatzes nicht vor Ablauf eines Monats nach Erhalt der schriftlichen Erwiderung ausgelöst wird.</p> <p>Nach der vorgeschlagenen neuen Bestimmung kann die Kammer in Fällen mit mehreren Beteiligten die Mitteilung daher nur mit vorheriger Zustimmung aller Beschwerdeführer weniger als einen Monat nach Erhalt der schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen gemäß Artikel 12 (1) Buchstabe c erlassen.</p> <p>Der vorgeschlagene Zeitrahmen von einem Monat nach Erhalt der schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen gibt den Beteiligten in Standardfällen ausreichend Gelegenheit, auf solche Erwiderungen zu antworten, und ermöglicht der Kammer die vorläufige Bewertung des Falls auf der Grundlage des schriftlichen Vorbringens der Beteiligten in Vorbereitung einer Mitteilung gemäß Artikel 15 (1).</p> <p>Es liegt im Ermessen der Kammer, unter Berücksichtigung aller Umstände des Falls einen längeren Zeitrahmen festzulegen. So kann die Kammer in Fällen, in denen sie es für angemessen hält, in der zweiten Stufe des Konvergenzansatzes einen</p>
---	---	--

		<p>zusätzlichen Austausch zwischen den Beteiligten für einen längeren Zeitraum zu ermöglichen, den Beteiligten mitteilen, dass sie nicht beabsichtigen, die Mitteilung nach Artikel 15 (1) vor einem bestimmten Datum zu erlassen.</p> <p>Ebenso können die Beteiligten der Kammer mitteilen, dass sie beabsichtigen, innerhalb einer bestimmten angemessenen Frist zusätzliches Vorbringen einzureichen, und gleichzeitig beantragen, dass die Kammer die Mitteilung nach Artikel 15 (1) nicht vor einem bestimmten Datum erlässt. Die Entscheidung hierüber liegt im Ermessen der Kammer.</p>
(...)	(...)	
<p>(9) Die Kammer erlässt die Entscheidung über die Beschwerde zeitnah.</p> <p>a) Wird die Entscheidung über die Beschwerde gemäß Absatz 6 vom Vorsitzenden verkündet, so fasst die Kammer ihre Entscheidung schriftlich ab und versendet sie innerhalb von drei Monaten nach dem Tag der mündlichen Verhandlung. Sieht sich die Kammer dazu nicht in der Lage, so teilt sie den Beteiligten mit, wann die Entscheidung versendet wird. Dies wird auch dem Präsidenten der Beschwerdekammern mitgeteilt.</p> <p>b) Wird die Entscheidung über die Beschwerde, obwohl die Sache am Ende der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif ist, nicht gemäß Absatz 6 vom Vorsitzenden verkündet, so nennt der Vorsitzende das Datum, an dem die Entscheidung über die Beschwerde versendet werden wird; dieses soll spätestens drei Monate nach der mündlichen Verhandlung liegen. Ist die Kammer nicht in der Lage, die Entscheidung bis dahin zu versenden, so teilt sie den Beteiligten ein neues Datum mit oder erlässt im Ausnahmefall eine Mitteilung, in der die nächsten vorzunehmenden Verfahrensschritte dargelegt werden.</p>	<p>(9) Die Kammer erlässt die Entscheidung über die Beschwerde zeitnah.</p> <p>a) Wird die Entscheidung über die Beschwerde gemäß Absatz 6 vom Vorsitzenden verkündet, so fasst die Kammer ihre Entscheidung schriftlich ab und versendet sie innerhalb von drei Monaten nach dem Tag der mündlichen Verhandlung. Sieht sich die Kammer dazu nicht in der Lage, so teilt sie den Beteiligten mit, wann die Entscheidung versendet wird. Dies wird auch dem Präsidenten der Beschwerdekammern mitgeteilt.</p> <p>b) Wird die Entscheidung über die Beschwerde, obwohl die Sache am Ende der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif ist, nicht gemäß Absatz 6 vom Vorsitzenden verkündet, so nennt der Vorsitzende das Datum, an dem die Entscheidung über die Beschwerde versendet werden wird; dieses soll spätestens drei Monate nach der mündlichen Verhandlung liegen. Ist die Kammer nicht in der Lage, die Entscheidung bis dahin zu versenden, so teilt sie den Beteiligten und dem Präsidenten der Beschwerdekammern ein neues Datum mit oder erlässt im Ausnahmefall eine Mitteilung, in der die nächsten vorzunehmenden Verfahrensschritte dargelegt werden.</p>	<p>Die Verfolgung ehrgeizigerer Bearbeitungszeiten spricht für eine Harmonisierung von Artikel 15 (9) Buchstaben a und b.</p> <p>Daher wird vorgeschlagen, in Artikel 15 (9) b) einen Verweis auf den Präsidenten der Beschwerdekammern aufzunehmen. Wird die Entscheidung über die Beschwerde, obwohl die Sache entscheidungsreif ist, in der mündlichen Verhandlung nicht vom Vorsitzenden verkündet und nach der mündlichen Verhandlung nicht innerhalb von drei Monaten versendet, so wird der Präsident der Beschwerdekammern auf diese Verzögerung bei der Versendung der Entscheidung aufmerksam gemacht.</p> <p>Beschließt die Kammer im Ausnahmefall die Fortsetzung des Verfahrens, so muss sie auch den Präsidenten der Beschwerdekammern von den nächsten vorzunehmenden Verfahrensschritten in Kenntnis setzen.</p>
(...)	(...)	

Annex 3. Table setting out the amendments to the RPBA 2020 and the explanatory remarks

In the table below, the RPBA provisions as in force until 31 December 2023 are set out in the left-hand column.

This table is contained in section VI. of document CA/83/23. The revised version of the RPBA provisions – as proposed by the President of the Boards of Appeal, and subsequently adopted by the Boards of Appeal Committee and approved by the Administrative Council – is presented in the middle column, with the amendments to the text shown as follows: amendments to the provisions are shown in bold, deletions are struck through.

The right-hand column contains the explanatory remarks.

RPBA – current provisions	RPBA – proposed provisions	Explanatory remarks
(...)	(...)	
Article 13 Amendment to a party's appeal case	Article 13 Amendment to a party's appeal case	
(...)	(...)	
(2) Any amendment to a party's appeal case made after the expiry of a period specified by the Board in a communication under Rule 100, paragraph 2, EPC or, where such a communication is not issued, after notification of a summons to oral proceedings shall, in principle, not be taken into account unless there are exceptional circumstances, which have been justified with cogent reasons by the party concerned.	(2) Any amendment to a party's appeal case made after the expiry of a period specified by the Board in a communication under Rule 100, paragraph 2, EPC or, where such a communication is not issued, after notification of a summons to oral proceedings communication under Article 15, paragraph 1 , shall, in principle, not be taken into account unless there are exceptional circumstances, which have been justified with cogent reasons by the party concerned.	<p>Currently, the third level of the convergent approach applicable in appeal proceedings may be triggered before a Board sends a substantive communication under Rule 100(2) EPC or under Article 15(1). This is because it may be triggered by notification of a summons to oral proceedings, which may be despatched without a communication under Article 15(1). At times, in particular when the communication under Article 15(1) has been notified considerably later than the summons to oral proceedings, this has been perceived as not being ideal.</p> <p>It is thus proposed to replace notification of a summons to oral proceedings with notification of a communication under Article 15(1) as a trigger for the third level of the convergent approach. The expiry of a period specified by the Board in a communication under Rule 100(2) EPC would remain as a trigger for the third level of the convergent approach.</p> <p>Under the proposed new provision, users of the patent system would benefit from the less strict approach under Article 13(1) until a later stage in the proceedings. This amounts to an extension of the second level of the convergent approach applicable in appeal proceedings.</p> <p>The proposed new Article 13(2) will apply from the date of entry into force of the new provisions. In pending appeals where the third level of the</p>

		<p>convergent approach set out in Article 13(2) as currently in force applies solely due to the notification of a summons to oral proceedings, but neither the period specified in a communication under Rule 100(2) EPC has expired nor a communication under Article 15(1) was notified to the parties, the conditions of the second level of the convergent approach will, upon the entry into force of the proposed new provisions, by operation of law, be applicable until the third level is triggered by the proposed new Article 13(2). In such cases, any amendment to a party's appeal case</p> <p>(1) after it has filed its</p> <p>(a) grounds of appeal or</p> <p>(b) reply</p> <p>(2) and before</p> <p>(a) the expiry of a period specified by the Board in a communication under Rule 100(2) EPC or</p> <p>(b) notification of a communication under Article 15(1)</p> <p>will be treated under the second level of the convergent approach governed by Article 13(1), irrespective of the amendment being made before or after the entry into force of the new provisions.</p>
(...)	(...)	
<p>Article 15</p> <p>Oral proceedings and issuing decisions</p> <p>(1) Without prejudice to Rule 115, paragraph 1, EPC, the Board shall, if oral proceedings are to take place, endeavour to give at least four months' notice of the summons. In cases where there is more than one party, the Board shall endeavour to issue the summons no earlier than two months after receipt of the written reply or replies referred to in Article 12, paragraph 1(c). A single date is fixed for the oral proceedings.</p> <p>In order to help concentration on essentials during the oral proceedings, the Board shall issue a communication drawing attention to matters that seem to be of particular significance for the decision to be taken. The Board may also provide a preliminary opinion. The Board shall</p>	<p>Article 15</p> <p>Oral proceedings and issuing decisions</p> <p>(1) Without prejudice to Rule 115, paragraph 1, EPC, the Board shall, if oral proceedings are to take place, endeavour to give at least four months' notice of the summons. In cases where there is more than one party, the Board shall endeavour to issue the summons no earlier than two months after receipt of the written reply or replies referred to in Article 12, paragraph 1(c). A single date is fixed for the oral proceedings.</p> <p>In order to help concentration on essentials during the oral proceedings, the Board shall issue a communication drawing attention to matters that seem to be of particular significance for the decision to be taken. The Board may also provide a preliminary opinion. The Board shall</p>	<p>Under the proposed new Article 13(2), notification of the summons to oral proceedings does not mean that a stricter approach will apply to the parties' submissions. When fixing the date for oral proceedings, the Board will consider the circumstances of the case, including its complexity and the envisaged length of the proceedings. Under the proposed new Article 13(2), early notification of a summons to oral proceedings is purely beneficial for parties and representatives, who can make the necessary arrangements. This increases the chances of the participants being available on the scheduled date, in particular in cases involving a high number of parties.</p>

<p>endeavour to issue the communication at least four months in advance of the date of the oral proceedings.</p>	<p>endeavour to issue the communication at least four months in advance of the date of the oral proceedings. In cases where there is more than one party, the Board shall issue the communication no earlier than one month after receipt of the written reply or replies referred to in Article 12, paragraph 1(c).</p>	<p>Having this in mind, it is proposed to delete the second sentence of Article 15(1): "In cases where there is more than one party, the Board shall endeavour to issue the summons no earlier than two months after receipt of the written reply or replies referred to in Article 12, paragraph 1(c)." This sentence currently provides parties with an enhanced possibility to provide comments on the reply or replies to the statement of grounds at the second level of the convergent approach.</p> <p>To continue enabling this under the proposed new Article 13(2), it is proposed to add a sentence to the end of Article 15(1).</p> <p>The proposed new provision strengthens the position of parties to proceedings. The current provision lays down that "the Board shall endeavour", which enables the Board to set a shorter timescale based on the circumstances of the case (e.g. in the case of accelerated proceedings). The proposed new Article 15(1) guarantees ("the Board shall issue") that the third level of convergence will not be triggered before the expiry of one month after receipt of the written reply.</p> <p>Under the proposed new provision, where there is more than one party the Board may therefore only issue the communication less than one month after receipt of the written reply or replies referred to in Article 12(1)(c) with all appellants' prior approval.</p> <p>The proposed one-month timescale after receipt of the written reply or replies gives the parties an adequate opportunity to respond to such reply or replies in standard cases and allows the Board to preliminarily assess the case on the basis of parties' written submissions in preparation of a communication pursuant to Article 15(1).</p> <p>A longer timescale remains at the discretion of the Board, considering all the circumstances of the case. For instance, in cases where the Board considers it appropriate to enable additional exchanges between the parties within the second stage of the convergent approach for a longer time, it may inform the parties that it does not envisage issuing the communication under Article 15(1) before a certain date.</p> <p>Likewise, parties may inform the Board of their intention to file an additional submission in a specified</p>
--	---	---

		reasonable time and at the same time request that the Board refrain from issuing the communication under Article 15(1) before a certain date. The Board has discretion in deciding on said request.
(...)	(...)	
<p>(9) The Board shall issue the decision on the appeal in a timely manner.</p> <p>(a) Where the Chair announces the decision on the appeal orally in accordance with paragraph 6, the Board shall put the decision in writing and despatch it within three months of the date of the oral proceedings. If the Board is unable to do so, it shall inform the parties when the decision is to be despatched. The President of the Boards of Appeal shall also be informed thereof.</p> <p>(b) When a case is ready for decision at the conclusion of the oral proceedings but the Chair does not announce the decision on the appeal orally in accordance with paragraph 6, the Chair shall indicate the date on which the decision on the appeal is to be despatched, which shall not be later than three months after the closure of the oral proceedings. If the Board is unable to despatch the decision on the appeal by that date, it shall inform the parties of a new date or, in exceptional circumstances, shall issue a communication specifying the further procedural steps that will be taken.</p>	<p>(9) The Board shall issue the decision on the appeal in a timely manner.</p> <p>(a) Where the Chair announces the decision on the appeal orally in accordance with paragraph 6, the Board shall put the decision in writing and despatch it within three months of the date of the oral proceedings. If the Board is unable to do so, it shall inform the parties when the decision is to be despatched. The President of the Boards of Appeal shall also be informed thereof.</p> <p>(b) When a case is ready for decision at the conclusion of the oral proceedings but the Chair does not announce the decision on the appeal orally in accordance with paragraph 6, the Chair shall indicate the date on which the decision on the appeal is to be despatched, which shall not be later than three months after the closure of the oral proceedings. If the Board is unable to despatch the decision on the appeal by that date, it shall inform the parties and the President of the Boards of Appeal of a new date or, in exceptional circumstances, shall issue a communication specifying the further procedural steps that will be taken.</p>	<p>The context of pursuing more ambitious timeliness objectives speaks in favour of harmonising Article 15(9)(a) and (b).</p> <p>It is thus proposed to add a reference to the President of the Boards of Appeal in Article 15(9)(b). If the Chair does not announce the decision on the appeal at the oral proceedings even though the case is ready for decision, and the decision is not despatched within three months of the closure of the oral proceedings, the attention of the President of the Boards of Appeal will be drawn to this delay in despatching the decision.</p> <p>In the exceptional situation that the Board decides to continue the proceedings, the Board must also inform the President of the Boards of Appeal that further procedural steps will be taken.</p>
(...)	(...)	

Annexe 3. Tableau présentant les modifications du RPCR 2020 avec remarques explicatives

Dans le tableau ci-dessous, les dispositions du RPCR en vigueur jusqu'au 31 décembre 2023 figurent dans la colonne de gauche.

Ce tableau figure à la section VI. du document CA/83/23. La version révisée des dispositions du RPCR – telle que proposée par le Président des chambres de recours, puis arrêtée par le Conseil des chambres de recours et approuvée par le Conseil d'administration – est présentée dans la colonne du milieu, les modifications apportées aux dispositions sont indiquées en gras, les passages supprimés sont barrés.

La colonne de droite contient les remarques explicatives.

RPCR – dispositions actuelles	RPCR – dispositions proposées	Remarques explicatives
(...)	(...)	
Article 13 Modification des moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours	Article 13 Modification des moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours	
(...)	(...)	
(2) Toute modification des moyens présentée par une partie après l'expiration d'un délai imparti par la chambre dans une notification au titre de la règle 100, paragraphe 2 CBE ou, en l'absence d'une telle notification, après la signification d'une citation à une procédure orale n'est, en principe, pas prise en compte, sauf en cas de circonstances exceptionnelles, que la partie concernée a justifiées avec des raisons convaincantes.	(2) Toute modification des moyens présentée par une partie après l'expiration d'un délai imparti par la chambre dans une notification au titre de la règle 100, paragraphe 2 CBE ou, en l'absence d'une telle notification, après la signification d'une citation à une procédure orale notification au titre de l'article 15, paragraphe 1 n'est, en principe, pas prise en compte, sauf en cas de circonstances exceptionnelles, que la partie concernée a justifiées avec des raisons convaincantes.	<p>Actuellement, le troisième niveau de l'approche convergente applicable dans la procédure de recours peut être déclenché avant qu'une chambre n'envoie une notification quant au fond au titre de la règle 100(2) CBE ou de l'article 15(1). En effet, il peut être déclenché par la signification d'une citation à une procédure orale, qui peut être envoyée sans notification au titre de l'article 15(1). Cela a parfois été perçu comme n'étant pas idéal, en particulier lorsque la notification au titre de l'article 15(1) était signifiée beaucoup plus tard que la citation à une procédure orale.</p> <p>Il est donc proposé de remplacer la signification d'une citation à une procédure orale par la signification d'une notification au titre de l'article 15(1) comme élément déclenchant le troisième niveau de l'approche convergente. L'expiration d'un délai imparti par la chambre dans une notification au titre de la règle 100(2) CBE resterait un élément déclenchant le troisième niveau de l'approche convergente.</p> <p>En vertu de la nouvelle disposition proposée, les utilisateurs du système des brevets bénéficieraient de l'approche moins stricte de l'article 13(1) jusqu'à un stade ultérieur de la procédure. Cela revient à une extension du deuxième niveau de l'approche convergente applicable dans une procédure de recours.</p>

		<p>Le nouvel article 13(2) proposé s'appliquera à compter de la date d'entrée en vigueur des nouvelles dispositions. Dans les recours en instance dans lesquels le troisième niveau de l'approche convergente prévue à l'article 13(2) actuellement en vigueur s'applique uniquement en raison de la signification d'une citation à une procédure orale, mais dans lesquels ni le délai imparti dans une notification au titre de la règle 100(2) CBE n'a expiré, ni une notification au titre de l'article 15(1) n'a été signifiée aux parties, les conditions du deuxième niveau de l'approche convergente seront, dès l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions proposées, applicables de plein droit jusqu'à ce que le troisième niveau soit déclenché par le nouvel article 13(2) proposé. Dans de tels cas, toute modification apportée aux moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours</p> <p>(1) après le dépôt</p> <p>a) des motifs du recours ou</p> <p>b) de la réponse</p> <p>(2) et avant</p> <p>a) l'expiration d'un délai imparti par la chambre dans une notification au titre de la règle 100(2) CBE ou</p> <p>b) la signification d'une notification au titre de l'article 15(1)</p> <p>sera traitée dans le cadre du deuxième niveau de l'approche convergente régi par l'article 13(1), que la modification ait été apportée avant ou après l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions.</p>
(...)	(...)	
<p>Article 15</p> <p>Procédure orale et prise des décisions</p> <p>(1) Sans préjudice de la règle 115, paragraphe 1 CBE, lorsqu'une procédure orale est prévue, la chambre s'efforce de citer les parties à la procédure orale au moins quatre mois à l'avance. Lorsqu'il y a plusieurs parties, la chambre s'efforce d'envoyer la citation au plus tôt deux mois après réception de la ou des réponses écrites visées à l'article 12, paragraphe 1, lettre c. Une seule date pour la procédure orale est fixée. Afin d'aider à concentrer la procédure orale sur l'essentiel, la chambre émet une notification attirant l'attention sur des</p>	<p>Article 15</p> <p>Procédure orale et prise des décisions</p> <p>(1) Sans préjudice de la règle 115, paragraphe 1 CBE, lorsqu'une procédure orale est prévue, la chambre s'efforce de citer les parties à la procédure orale au moins quatre mois à l'avance. Lorsqu'il y a plusieurs parties, la chambre s'efforce d'envoyer la citation au plus tôt deux mois après réception de la ou des réponses écrites visées à l'article 12, paragraphe 1, lettre c. Une seule date pour la procédure orale est fixée. Afin d'aider à concentrer la procédure orale sur</p>	<p>En vertu du nouvel article 13(2) proposé, la signification de la citation à une procédure orale ne signifie pas qu'une approche plus stricte s'appliquera aux moyens invoqués par les parties. Lorsqu'elle fixe la date de la procédure orale, la chambre tient compte des circonstances de l'affaire, y compris de sa complexité et de la durée envisagée de la procédure. En vertu du nouvel article 13(2) proposé, la signification anticipée d'une citation à une procédure orale est purement bénéfique pour les parties et les mandataires, qui peuvent prendre les dispositions</p>

<p>points qui semblent revêtir une importance particulière pour la décision à prendre. La chambre peut également formuler une opinion provisoire. Elle s'efforce d'émettre la notification au moins quatre mois avant la date de la procédure orale.</p>	<p>l'essentiel, la chambre émet une notification attirant l'attention sur des points qui semblent revêtir une importance particulière pour la décision à prendre. La chambre peut également formuler une opinion provisoire. Elle s'efforce d'émettre la notification au moins quatre mois avant la date de la procédure orale. Lorsqu'il y a plusieurs parties, la chambre envoie la notification au plus tôt un mois après réception de la ou des réponses écrites visées à l'article 12, paragraphe 1, lettre c.</p>	<p>nécessaires. Cela augmente les chances que les participants soient disponibles à la date prévue, en particulier dans les affaires impliquant un grand nombre de parties.</p> <p>Compte tenu de ce qui précède, il est proposé de supprimer la deuxième phrase de l'article 15(1) : "Lorsqu'il y a plusieurs parties, la chambre s'efforce d'envoyer la citation au plus tôt deux mois après réception de la ou des réponses écrites visées à l'article 12, paragraphe 1, lettre c." Cette phrase jusqu'à présent renforce la possibilité offerte aux parties de formuler des observations concernant la ou les réponses au mémoire exposant les motifs dans le cadre du deuxième niveau de l'approche convergente.</p> <p>Afin de maintenir cela dans le cadre du nouvel article 13(2), il est proposé d'ajouter une phrase à la fin de l'article 15(1).</p> <p>La nouvelle disposition proposée renforce la position des parties à la procédure. La disposition actuelle prévoit que "la chambre s'efforce", ce qui lui permet d'impartir un délai plus court en fonction des circonstances de l'affaire (par exemple dans le cas d'une procédure accélérée). Le nouvel article 15(1) proposé garantit ("la chambre envoie") que le troisième niveau de convergence ne sera pas déclenché avant l'expiration d'un délai d'un mois à compter de la réception de la réponse écrite.</p> <p>En vertu de la nouvelle disposition proposée, lorsqu'il y a plusieurs parties, la chambre ne peut donc émettre la notification moins d'un mois après réception de la ou des réponses écrites visées à l'article 12(1)c) qu'avec l'accord préalable de tous les requérants.</p> <p>Le délai proposé d'un mois après réception de la ou des réponses écrites laisse aux parties suffisamment de temps pour répondre à cette ou ces réponses dans les affaires standard et permet à la chambre d'évaluer à titre préliminaire l'affaire sur la base des moyens écrits des parties en préparation d'une notification au titre de l'article 15(1).</p> <p>La chambre a la possibilité, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, d'impartir un délai plus long, en tenant compte de toutes les circonstances de l'affaire. Par exemple, dans les affaires où la chambre estime approprié de permettre des échanges supplémentaires entre les parties au deuxième niveau de l'approche</p>
--	--	--

		<p>convergente pendant une période plus longue, elle peut informer les parties qu'elle n'envisage pas d'émettre la notification visée à l'article 15(1) avant une certaine date.</p> <p>De même, les parties peuvent informer la chambre de leur intention de présenter des moyens supplémentaires dans un délai raisonnable déterminé et, en même temps, demander à la chambre de ne pas émettre la notification visée à l'article 15(1) avant une certaine date. La décision sur cette requête relève de la chambre.</p>
(...)	(...)	
<p>(9) La chambre rend la décision sur le recours dans un délai convenable.</p> <p>a) Lorsque le président prononce la décision sur le recours conformément au paragraphe 6, la chambre formule la décision par écrit et l'envoie dans un délai de trois mois à compter de la date de la procédure orale. Si la chambre n'est pas en mesure d'observer ce délai, elle informe les parties de la date à laquelle la décision sera envoyée. Le Président des chambres de recours en est également informé.</p> <p>b) Lorsqu'une affaire est en état d'être jugée à l'issue de la procédure orale, mais que le président ne prononce pas la décision sur le recours conformément au paragraphe 6, il indique la date à laquelle la décision sur le recours sera envoyée, qui ne doit pas être postérieure de plus de trois mois à la clôture de la procédure orale. Si la chambre n'est pas en mesure d'envoyer la décision sur le recours avant cette date, elle communique aux parties une nouvelle date ou, en cas de circonstances exceptionnelles, émet une notification précisant les prochaines étapes de la procédure qui seront effectuées.</p>	<p>(9) La chambre rend la décision sur le recours dans un délai convenable.</p> <p>a) Lorsque le président prononce la décision sur le recours conformément au paragraphe 6, la chambre formule la décision par écrit et l'envoie dans un délai de trois mois à compter de la date de la procédure orale. Si la chambre n'est pas en mesure d'observer ce délai, elle informe les parties de la date à laquelle la décision sera envoyée. Le Président des chambres de recours en est également informé.</p> <p>b) Lorsqu'une affaire est en état d'être jugée à l'issue de la procédure orale, mais que le président ne prononce pas la décision sur le recours conformément au paragraphe 6, il indique la date à laquelle la décision sur le recours sera envoyée, qui ne doit pas être postérieure de plus de trois mois à la clôture de la procédure orale. Si la chambre n'est pas en mesure d'envoyer la décision sur le recours avant cette date, elle communique aux parties et au Président des chambres de recours une nouvelle date ou, en cas de circonstances exceptionnelles, émet une notification précisant les prochaines étapes de la procédure qui seront effectuées.</p>	<p>Le contexte de la poursuite d'objectifs plus ambitieux quant à la durée de traitement des recours plaide en faveur d'une harmonisation de l'article 15(9)a) et b).</p> <p>Il est donc proposé d'ajouter une référence au Président des chambres de recours dans l'article 15(9)b). Si le président de la chambre ne prononce pas la décision sur le recours lors de la procédure orale alors même que l'affaire est en état d'être jugée, et que la décision n'est pas envoyée dans les trois mois suivant la clôture de la procédure orale, l'attention du Président des chambres de recours sera attirée sur ce retard lors de l'envoi de la décision.</p> <p>Dans la situation exceptionnelle où la chambre décide de poursuivre la procédure, la chambre doit également informer le Président des chambres de recours des prochaines étapes de la procédure qui seront effectuées.</p>
(...)	(...)	